



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 29.

Berlin, den 14. Oktober 1917.

12. Jahrgang.

## Jenseits der Linie

Berlin, den 9. Oktober 1917.

### Die große Regierungskrise.

Vom 6. bis 9. Oktober stand die deutsche Politik wieder einmal im Zeichen einer großen Krise. Eine Zeitlang schien es, als ob sich die Ereignisse der ersten Julitage dieses Jahres wiederholen würden, als ob die Stellung des Reichskanzlers Dr. Michaelis, vor allem aber die seines Stellvertreters, des Herrn Helfferich, ernstlich erschüttert sei. Aber da zitierte Herr Dr. Michaelis — man hat ihn nicht umsonst als Hüter altpreussischer Beamtentraditionen gerühmt — den Geist des seligen Puttkamer aus sozialistengefehlter Zeit, lenkte den Furor der Herrn Parlamentarier und aller braven Staatsbürger auf die Unabhängige Sozialdemokratie und gab der Reichstagsmehrheit willkommenen Anlaß, von der Attacke auf die Regierung Abstand zu nehmen. Die Unabhängige Sozialdemokratie wurde durch den obersten Reichsbeamten politisch in Acht und Bann getan; sie hat sich damit abzufinden, daß die Regierung des Herrn Dr. Michaelis ihr gegenüber dieselben Methoden anwenden will, die Bismarck von 1878 bis 1890 gegen die alte Sozialdemokratie anwendete. Schließlich ist damals aber nicht die Sozialdemokratie, sondern der eiserne Kanzler selbst auf der Strecke geblieben.

Skizzieren wir kurz die Ereignisse der vier historisch denkwürdigen Tage: Am Sonnabend, den 6. Oktober, stand die Interpellation der Regierungssozialisten über Begünstigung der alldeutschen Propaganda durch die Regierung und über amtliche Beeinflussung zugunsten der „Vaterlandspartei“ auf der Tagesordnung des Reichstages. Der Abgeordnete Landsberg begründete die Interpellation in einer nicht ungeschickten Rede, die aber den großen Fehler hatte, daß sie allen Nachdruck auf Neußerlichkeiten und Begleiterscheinungen legte, ohne die Art an die Wurzel des Übels, das System selbst zu legen. Wir bedauern, zurzeit nicht im einzelnen das Wesen dieses Systems schildern zu können. Einem geschulten Sozialisten sollte man von vornherein die Kenntnis desselben zutrauen. Aber unsere Regierungssozialisten sind über drei Jahre dagegen blind gewesen. Sie haben selbst redlich dazu beigetragen, daß die Dinge, gegen die Herr Landsberg zu Felde zog, soweit gediehen sind. Sie hätten wissen müssen, daß die amtliche „Aufklärungsarbeit“ genau so ein Teil der strategischen Grundgesetze ist, wie die Technik der Truppenaufmärsche, der taktischen und strategischen Offensive und Defensiv usw. Hat doch der bekannte General v. Blume in seinem grundlegenden Werke über Strategie den Grundsatz aufgestellt: „Um Großes zu erreichen, muß man den Geist im Heere und im Lande heben und den Verkehr zwischen beiden fördern, damit er hier wie dort befruchtend wirkt“. Nach diesem Grundsatz haben die leitenden militärischen Kreise verfahren, und es gehört die ganze Blindheit der regierungssozialistischen „Realpolitiker“ dazu, wenn sie erwartet haben, daß die amtliche Aufklärungsarbeit im Sinne der Friedensresolution des Juliblockes oder gar im sozialistischen Sinne erfolgen werde.

Es war daher kein Wunder, daß der Kriegsminister Herr v. Stein Herrn Landsberg eine recht barbare Antwort gab und damit das Selbstgefühl des Herrn Reichstagsabgeordneten erheblich kränkte. Der Vizekanzler, Herr Helfferich, versuchte dem mit empörten Zwischenrufen bedachten Kriegsminister beizuspringen. Aber er machte das in einer so hochfahrenden und herausfordernden Art, daß sich der ganze Zorn des Hauses gegen ihn wendete. Und da seine Vizekanzlerwürde noch nicht die volle Sanktion des Reichstages hatte, viel-

mehr erst in zwei Lesungen angenommen war, — es handelte sich um einen Nachtragsetat, der die Neuordnung im Reichsamt des Innern und damit auch die Vizekanzlerfrage regeln sollte — beschloß die Reichstagsmehrheit, Herrn Helfferich die Zähne zu zeigen. Die Fortsetzung der Interpellationsdebatte wurde nicht auf Montag, sondern auf Dienstag vertagt, der Hauptausschuß wollte sich aber am Montag Herrn Helfferich verknöpfen, und es hatte den Anschein, als ob dieses Herrn Vizekanzlerschaft bei der dritten Lesung des Nachtragsetats unter die Räder kommen werde.

Eine interessante Mitteilung machte in der Sonnabenddebatte noch der konservative Redner, Herr v. Graefe. Man erfuhr durch ihn, daß die Heeresleitung auch die vielgenannte Stockholmer Broschüre des Herrn Dr. Eduard David, betitelt: „Wer trägt die Schuld am Kriege“, zu amtlichen Propagandazwecken an der Front hat verteilen lassen. Wir haben schon zur Genüge das Auftreten Dr. Davids als freiwilligen Regierungskommissar in Stockholm gekennzeichnet, so daß sich unsere Leser über eine solche amtliche Begünstigung einer regierungssozialistischen Schrift nicht wundern werden. Den Arbeitern muß aber gesagt werden, daß der „Vorwärts“ seinen Lesern den betreffenden Passus aus der Rede Graefes vor-enthalten hat.

### Der aus dem Feim gegangene Juliblock.

Zwischen Sonnabend und Montag mag mancherlei hinter den Kulissen vorgegangen sein. Herr Dr. Michaelis machte inzwischen auch eine kurze Reise ins Große Hauptquartier. Der Montag brachte eine große Ueberraschung: Herrn Helfferichs Vizekanzler-Gehalt wurde bewilligt! Dabei hat sich aber der berühmte Juliblock als das bröckelige Gebilde erwiesen, als das wir es schon immer bezeichnet haben. Fortschrittler und Zentrum bekamen Angst vor der eigenen Kurage, denn weite Kreise ihrer Anhänger schiefen mehr zur „Vaterlandspartei“ als zur „Hungerfriedensmehrheit“, wie sie der Anagnosprophet Reventlow in seiner geistvollen Art getauft hat, daneben werden die Parteiführer auch noch von Regierungsherren bearbeitet worden sein, kurz — die Regierungssozialisten mußten mit Schmerzen konstatieren, daß ihre Blockameraden die Fahne der Opposition in den Staub sinken ließen. Wollten sie sich nicht um den letzten Rest von Kredit bei den Arbeitern bringen, durften sie diese Retirade ihrer Blockfreunde nicht mitmachen. Sie stimmten daher mit der Unabhängigen Sozialdemokratie gegen den Nachtragsetat. Die Arbeiter dürfen aber nicht meinen, daß damit die Zeit regierungssozialistischer Blockpolitik vorüber ist. Der „Vorwärts“ schreibt: „Die Sozialdemokraten haben, indem sie sich in dieser wichtigen Frage von der Mehrheit trennten, von zwei Übeln das kleinere gewählt“. An anderen Fragen will man also wieder mit den lieben Blockbrüdern zusammengehen. Wie es ja für die Geistesverfassung unserer Regierungssozialisten überaus charakteristisch ist, daß sie es für ein „Uebel“ ansehen, wenn sie einmal nach langem Hängen und Würgen wirklich sozialdemokratische Politik machen.

Herr Dr. Michaelis hat in der Montagitzung etwas weniger schroff für die Berechtigung der amtlichen „Aufklärungsarbeit“ gesprochen als der Kriegsminister und Herr Helfferich. Der „Vorwärts“, der noch am Grabe die Hoffnung aufpflanzte, sagt dazu: „Man kann aus seinem Verhalten schließen, daß die behördliche und militärische Agitation gegen die Politik des Reichstages

stark eingebremst werden wird“. Die Herren in der Lindenstraße 3 werden aber noch Wunder erleben.

### Die Unabhängige Sozialdemokratie — der gemeinsame Feind.

Am Dienstag, den 9. Oktober haben sich dann Regierung, Vaterlandsparteiler und Mehrheitsparteien in einer gemeinsamen Kampffront zusammengefunden. Das Ziel der allgemeinen Entrüstung ist jetzt die Unabhängige Sozialdemokratie. Alles läßt darauf schließen, daß die ganze Attacke einem wohl vorbereiteten Feldzugsplan des Herrn Dr. Michaelis entsprang. Die Interpellationsdebatte wurde fortgesetzt. Als erster Redner sprach Genosse Dittmann. Er ging dem amtlichen Aufklärungssystem mit grundsätzlichen Argumenten energisch zu Leibe. Er wies darauf hin, daß neben der amtlichen Propaganda die Unterbindung aller politischen Lebensäußerungen der Unabhängigen Sozialdemokratie einhergeht. Dabei erwähnte er, daß bei der Marine über 200 Jahre Zuchthaus und sogar mehrere Todesurteile verhängt worden sind. Nach Dittmann nahm der Reichskanzler das Wort und sagte, daß Genosse Dittmann der letzte sei, dem er das Recht zugestehet, über Agitationen im Heere und in der Marine zu sprechen. Der Reichskanzler fuhr dann fort:

„Sodann hat mir der Abgeordnete Dittmann ein Wort entgegengehalten, daß ich mit voller Objektivität allen Parteien und Richtungen gegenüberstehen wolle. Er hat aber vergessen, den Zusatz mit zum Ausdruck zu bringen, den ich dabei ausgesprochen habe. Ich habe gesagt, alle politischen Parteien und Richtungen, sofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen. Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie.“

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Herr v. Capelle, gab dann eine Darstellung von den Vorgängen bei der Marine, wie sie in seinem Aktenmaterial enthalten ist. Er erhob dabei Anschuldigungen gegen die Genossen Haase, Vogtherr und Dittmann. Genosse Haase erwiderte darauf: (Wir geben Haases Ausführungen nach dem Berichte der „Bolschewischen Zeitung“ wieder, da uns andere ausführlichere Berichte zur Stunde nicht vorliegen.)

„Ueber unsere politische Tätigkeit, von der der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamtes gesprochen hat, irgendwie ein Dunkel zu lassen, habe ich keine Veranlassung. Alles, was vorgekommen ist, will ich offen darlegen. Ich stelle gegenüber der Behauptung des Staatssekretärs folgendes fest: Der Matrose, von dem er gesprochen hat, hat zwar mit mir im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion eine Unterredung gehabt. Es ist aber unrichtig, daß er mir einen Plan, wie ihn der Herr Staatssekretär hier vorgelesen hat, entwickelt hat. Ich ersuche den Staatssekretär, mir für seine entgegengegesetzte Behauptung das Beweismaterial vorzulegen, und ich erkläre schon jetzt: Er hat kein solches Material, es gibt kein Beweismaterial. Zu dieser Erklärung habe ich noch folgendes zu sagen: Dester haben mich Matrosen und Angehörige des Landheeres im Reichstag besucht und mir Beschwerden über Mißstände in Heer und Marine und persönlich erlittene unwürdige und schlechte Behandlung vorgelesen und mir ein Bild der Stimmung in Heer und Marine entworfen. Wie alle übrigen Mitglieder dieses Hauses, habe auch ich die Beschwerdeführer entweder in der Wandelhalle oder in einem der Zimmer dieses Hauses, das für Besuche zur Verfügung steht, oder im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion empfangen. Welche Bedeutung der Bemerkung des Herrn Staatssekretärs, daß ich den Matrosen im Fraktionszimmer empfangen habe, zukommen soll, weiß ich nicht.“

Im Sommer dieses Jahres hat nun auch der erwähnte Matrose mit mir gesprochen und hat mir über

Die Zustände, unter denen er und seine Kollegen litten, bittere Klage geführt und mir von der starken Unzufriedenheit erzählt und von der großen Erbitterung, die in der Marine herrsche. Dabei hat er noch folgendes gesagt: Wir Matrosen empfinden die lange Dienstzeit, den Mangel an geistiger Anregung sehr tief, jetzt aber haben wir in sehr großer Anzahl auf die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abonniert, und wir lesen diese Zeitungen. Er und seine Kollegen hätten den Plan, sich weiter fortzubilden und in Zusammenkünften am Lande politische Unterhaltungen zu pflegen. Zu diesem Zwecke sei es ihnen erwünscht, Literatur zu haben.

Ja, meine Herren, politische Unterhaltungen am Lande, die an sich erlaubt sind. Wird doch sogar, wie hier jetzt festgestellt worden ist, solche politische Aufklärung amtlich mit Hochdruck betrieben. Ich habe den Matrosen darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterhaltungen zwar an sich erlaubt, aber unter den besonderen Bedingungen für ihn gefährlich werden könnten und habe ihn gewarnt. Danach, meine Herren, ist die Behauptung des Staatssekretärs auf ihre Tragweite zurückgeführt. Ich bin es dem Andenken dieses Matrosen schuldig, noch hier zu erklären, daß er auf mich den Eindruck eines frischen jungen Mannes von hohen Gedanken machte und daß ich auf das Tiefste erschüttert war, obwohl ich keine näheren Beziehungen zu ihm hatte, als ich hörte, daß er wegen Verfolgung seiner Ideale den Tod haben erleiden müßte.

Ich weise darauf hin, daß nicht nur die Anhänger meiner Partei, sondern die Sozialdemokraten aller Richtungen öffentlich im Reichstage und in der Presse den russischen Revolutionären ihre Sympathie und ihre Begeisterung entgegengebracht haben. Es ist begreiflich, daß diese Revolution das größte Ereignis des Jahrhunderts auf alle freisinnigen Gesinnten den tiefsten Eindruck machen mußte. Der Zweck der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs ist ja ganz klar. Ich habe gar nichts anderes erwartet. Es kommt den Herren von der Regierung jetzt darauf an, das rote Tuch zu schwenken und die anderen Parteien zu einem festen Block zur Unterstützung dieser unglückseligen Regierungspolitik zusammenzuschließen. (Stürmisches Sehr richtig! links.) Vom ersten Kriegsjahre an habe ich das erwartet, und ich habe unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des 4. August darauf hingewiesen (lebhaftes Rufe bei den Unabh. Soz.: Sehr richtig!), daß dieser Zeitpunkt einmal kommen wird. (Sehr wahr! links.) Jetzt, wo die Regierung nichts gegen das Unheil tun kann, da schlägt sie also los gegen diejenigen, die das Unheil vorausgesagt haben. (Stürmisches Rufe links: Sehr wahr, sehr gut!). Was der Herr Reichskanzler gesagt hat, das war Weisheit vom Geiste Puttkamers, aber wie mit dieser Politik nicht nur Puttkamer, sondern sogar ein Größerer, Herr v. Bismarck, Schiffbruch erlitten habe, so werden auch Sie, Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, mit dieser Politik Schiffbruch erleiden. (Stürmisches Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

In ähnlicher Weise traten die Genossen Bogtherr und Dittmann den Ausführungen des Herrn v. Capelle entgegen. Vor Haase hatte noch der Abgeordnete David gesprochen und sich in seinen Ausführungen, die in der Hauptsache der alldeutschen Propaganda gewidmet waren, auch gegen den Reichskanzler gewandt, weil er eine politische Partei als minderen Rechts bezeichnet habe. Das ist gewiß sehr nett und sehr korrekt von Herrn David, kann aber nicht über die Tatsache hinweghelfen, daß die Regierungssozialisten, vom Parteivorstande angefangen, der Justiz, der Polizei und anderen Behörden massenhaft Material geliefert und uns als „Anarchisten“, „Landesverräter“ u. dergl. denunziert haben. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß besonders rabiate Abgeordnete und die reaktionäre Presse die Aufhebung der Immunität der Genossen Haase, Dittmann und Bogtherr und ein hochnotpeinliches Verfahren gegen die drei verlangen.

Die Dinge sind zurzeit, in der diese Zeilen in Druck gehen müssen, noch in Fluß. Das Resultat der vier historischen Tage läßt sich aber jetzt schon übersehen: die Regierung des Herrn Dr. Michaelis hat den parlamentarischen Sturm glücklich überstanden, die Vaterlandsparteiler haben einen Triumph über die Reichstagsmehrheit davongetragen und diese Mehrheit selbst ist völlig in sich zerfallen. Alle stehen aber geschlossen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Die Drohung des Herrn Dr. Michaelis schreckt uns nicht. Viel schlimmer als die Dinge bisher für uns waren, können sie nicht werden. Man kann wohl einzelnen Personen das Leben noch schwerer machen; an unserer Ueberzeugung und unseren Idealen wird die Kampfanzeige vom 9. Oktober nicht rütteln können.

## Wochenschau.

Vom 2. bis 9. Oktober 1917.

Kriegsereignisse: An der Westfront haben sich die ewige Artillereschlacht und die fortwährenden Unternehmungen der Patrouillen und Stoßtrupps am 4. Oktober wieder zu „einem Schlachttag von seltener Schwere“ gesteigert, wie es im deutschen Heeresbericht heißt. Die opferreichen Kämpfe haben den Engländern

einen Geländegewinn von kaum tausend Metern gebracht, an der Gesamtlage ist aber nichts geändert worden. Auch im Frontabschnitt von Verdun ist es zu größeren Kämpfen gekommen. — Eine besonders scharfe Form hat in der verflochtenen Woche der Luftkrieg angenommen. Deutsche Flieger haben die Stadt Düren mit ihren vielen militärischen Anlagen, Magazinen usw. derart mit Bomben beworfen, daß der Ort fast vollständig zerstört ist. Auch London und andere englische Hafenstädte sind wieder das Ziel deutscher Luftangriffe gewesen. Andererseits haben englische und französische Flieger Angriffe auf Städte Süddeutschlands und des rheinisch-westfälischen Industriegebietes gemacht. So wurden die Städte Stuttgart, Frankfurt a. M. usw. angegriffen. Der englische Premierminister Lloyd George soll erklärt haben, daß der eigentliche Luftkrieg gegen Deutschland jetzt erst beginnen werde.

Ausland: Der Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns, Graf Czernin, hat in Budapest eine Friedensrede gehalten, auf die im wesentlichen zutrifft, was wir in der vorigen Nummer zur Charakterisierung der ministeriellen Friedensreden gesagt haben. Es muß zugegeben werden, daß der erste und größte Teil der Rede des Grafen Czernin starken Nachdruck auf die Friedensbereitschaft Oesterreich-Ungarns legt und weit klarer, als es bisher von deutscher Seite geschehen ist, die Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens im einzelnen begründet. Graf Czernin hat sich für Schiedsgerichte und Abrüstung auf internationaler Basis und unter internationaler Kontrolle erklärt und verlangt, daß für die europäischen Staaten alle Kulte zu künftigen Revanchekriegen beseitigt werden müßten. Die Entwicklung all dieser Gedanken durch Grafen Czernin unterscheidet sich sehr zu ihrem Vorteil von der unbestimmten Form, in der von deutscher Regierungsseite aus der Schiedsgerichts- und Abrüstungsgebäude erwähnt wurde. Aber all das Gute, was der erste Teil der Rede Czernins enthält, wird über den Haufen geworfen durch deren Schluß. Da sagt Graf Czernin, daß seine Friedensbereitschaft nur auf Kündigung sei. Wenn die Feinde den Krieg fortsetzen würden, soll dieses schöne Friedensprogramm gründlich revidiert werden. Es ist also das alte Spiel: Komplimente vor einem Verständigungsfrieden und gleichzeitiges Blasen in die Kriegsstimme. Immerhin mag die Meinung mancher Leute zutreffen, daß Graf Czernin den drohenden Schluß seiner Rede den in Berlin herrschenden Anschauungen maßgebender Kreise habe anpassen müssen. Das hat ihn aber nicht davor bewahrt, daß die Alldeutschen mit großer Wut über ihn hergefallen sind und dem schwarz-gelben Bundesgenossen manche Bosheiten an den Kopf geworfen haben.

Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie wird am 19. Oktober zusammentreten.

Der Papst will nach allerlei unbestimmten Meldungen seine Rolle als Friedensvermittler weiter spielen. Im Vatikan versteht man sich ja von jeher auf die Künste der Geheimdiplomatie, und so werden wohl manche diplomatischen Fäden hin- und hergehen. Wie es heißt, soll der Papst jetzt besonders mit den Entente-Regierungen in Verhandlungen stehen.

In Schweden hat das Ergebnis der Wahlen zu einer Ministerkrise geführt. Es war ein Koalitionsministerium geplant, in dem alle Parteien vertreten sein sollten. Da aber die Konservativen für ihre Teilnahme an der Regierung Bedingungen aufstellten, die für die Sozialdemokratie unannehmbar waren, hat die sozialdemokratische Partei die Beteiligung an einem Koalitionsministerium abgelehnt.

In Frankreich sucht die Reaktion der Friedensbewegung dadurch Herr zu werden, daß sie sie durch allerlei Skandal- und Bestechungsgeschichten zu diskreditieren versucht. Sogar gegen den früheren Minister des Innern, Malvy, ist der Vorwurf erhoben worden, daß er seit drei Jahren in deutschem Solde gestanden und Kriegspläne an den Feind verraten habe. Der Hauptankläger ist der Abgeordnete Daudet, ein Sohn des berühmten Romanschriftstellers Daudet. Aus der Kampagne gegen Malvy geht hervor, daß die royalistischen Kreise dabei ihre Hand im Spiele haben und für ihre monarchischen Wünsche Stimmung zu machen suchen. Malvy soll sich in der Kammer gegen die Anwürfe verteidigen können, der Regierung aber biete die reaktionäre Kampagne Anlaß, durch Verschärfung des Pressgesetzes und andere Maßnahmen die Friedensbestrebungen zu knebeln. Ministerpräsident Paulin hat energisch die Verweigerung der Pässe zum Berner Gewerkschaftskongress verteidigt, und die Regierungssozialisten vom Schlage eines Sembat usw. haben ihn dabei moralisch unterstützt.

Auf dem Nationalkongress der Sozialisten in Bordeaux stießen, soweit bis jetzt die vorliegenden dürftigen Nachrichten ein Urteil zulassen, die Meinungen hart aufeinander. Der Regierungssozialist Compère Morel hat mit aller Schärfe gegen einen Verständigungs- und für einen Siegesfrieden gesprochen; er hat verlangt, daß die sozialistische Partei auch weiterhin die Regierung „der nationalen Verteidigung“ unterstützen müsse. Die bisherigen Redner der Minderheit haben sich mit mehr oder weniger großer Entschiedenheit gegen eine derartige Auffassung gewandt. In entscheidenden Abstimmungen ist es bis jetzt noch nicht gekommen.

In England hat der Minister Churchill, ein Draufgänger und Imperialist in Reinkultur, eine Rede gehalten, die offenbar der um sich greifenden Friedensstimmung entgegenwirken sollte. Churchill hat allgemeine Redensarten über die notwendige Demokratisierung Deutschlands gemacht, im übrigen aber den Kriegswillen des englischen Volkes durch allerlei Sieges- und Erfolgversprechungen aufzupeitschen versucht. — Die Labour Party (Arbeiterpartei), die bisher keine eigentliche politische Partei war, sondern im Grunde nur die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften darstellte, will sich jetzt als große, geschlossene politische Partei organisieren.

In Rußland ist die bedeutsame demokratische Konferenz zu Ende gegangen, ohne den Kampf zwischen revolutionärer Demokratie und Bourgeoisie zur endgültigen Entscheidung zu bringen. Die Konferenz ist wohl zu einem einmütigen und energischen Bekenntnis zur Friedensbereitschaft ohne Annexionen, ohne Kriegsschädigung unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker gekommen, die inneren Gegensätze aber bestehen weiter. Zur Friedensfrage selbst hatten die Maximalisten, d. h. die entschieden radikalen Elemente wie die Bolschewiki usw., einen Antrag eingebracht, nach dem sofort Friedensverhandlungen anzubahnen seien. Dieser Antrag wurde mit 600 gegen 585 Stimmen von der Tagesordnung abgesetzt. In der Hauptsache wurde die Konferenz von der Frage in Anspruch genommen, ob man auch weiterhin eine Koalition mit bürgerlichen Elementen eingehen wolle. Die Entscheidung über diese Frage führte zu mehreren, einander widersprechenden Abstimmungen, bei denen einer das Zusammengehen mit den Kadetten usw. mit 629 gegen 106 Stimmen abgelehnt wurde. Es ist aber wohl den Bemühungen Kerenskis zuzuschreiben, daß dieser Beschluß nicht aufrechterhalten wurde. Es ist schließlich ein Kompromiß zustande gekommen, nach dem die Regierung auch bürgerliche Elemente zur Mitarbeit heranziehen darf, zur Kontrolle der Regierung aber wurde eine neue Instanz, ein sogenanntes Vorparlament, geschaffen, das bis zur Konstituante die Regierung zu überwachen hat. Vorsitzender dieses Vorparlamentes ist Tschelidse, in der Leitung sitzen auch einige Maximalisten wie Trozki und Ramenad. Kerenski hat inzwischen in Moskau mit Vertretern der Bourgeoisie verhandelt, und diese haben, offenbar um nicht gänzlich ausgeschaltet zu werden, mit sauer-süßer Miene sich bereit erklärt, an der Regierung teilzunehmen. Sie wollen aber dem Vorparlament kein formales und juristisches Recht auf Kontrolle zugestehen, sondern erklären nur, daß keine Regierung am Ruder bleiben könne, die mit dem Vorparlament in Differenzen gerate. Damit hat sich aber die Bourgeoisie eine Hintertür gesichert, durch die sie ihre gegenrevolutionären Pläne einschmuggeln kann. All das macht verständlich, daß die entschieden revolutionären Kreise mit einer solchen Lösung nicht einverstanden sind. Der fast durchweg aus Maximalisten bestehende Sowjet von Petersburg hat daher entschieden gegen Vorparlament und Koalitionsregierung Stellung genommen und zum Kampfe gegen die verkappte Gegenrevolution aufgerufen. Er will darauf hinarbeiten, daß die Regierungsgewalt an die sozialistischen und revolutionär-demokratischen Elemente übergeht, und hat zu diesem Zweck eine Konferenz aller russischen Arbeiter- und Soldatenräte beantragt. Daneben verlangt der Petersburger Sowjet u. a. auch die Freigabe der politischen Propaganda im Heere. Die demokratische Konferenz hat also die Klassenkämpfe der russischen Revolution nicht beendet, sondern nur eine neue Periode derselben eingeleitet.

Von der tiefgehenden Wärgung im Lande zeugt auch die Absicht der russischen Eisenbahner, in den Generalkreis einzutreten, ein Beschluß, bei dem wohl nicht allein die schlechte Lebenslage der Eisenbahner, sondern auch politische Erwägungen ausschlaggebend gewesen sind. Die Regierung gibt sich alle Mühe, den Forderungen der Eisenbahner entgegenzukommen.

In Finnland haben die Wahlen zum Landtage stattgefunden. Die Sozialdemokratie hat annähernd die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten. Die Erfolge der bürgerlichen Parteien sind daraus zu er-

Klären, daß diese Parteien infolge der Differenzen mit der russischen Regierung gleichfalls sehr radikal aufgetreten sind und dadurch viele Anhänger um sich geschart haben. Der Landtag bereitet jetzt Gesetzesentwürfe vor, nach denen Finnland zur selbständigen Republik erklärt werden soll, die in ein gewisses Bundesverhältnis zur großen russischen Republik tritt.

Die allgemeine Gärung im russischen Mejerlande hat auch die mohammedanische Bevölkerung der innerasiatischen Provinzen ergriffen. In Taschkent kam es zu einem Aufstand gegen die provisorische Regierung, der mit Gewalt unterdrückt wurde.

Die Staaten Südamerikas haben jetzt fast alle die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. In den letzten Tagen haben auch Costa Rica und Peru diesen Schritt getan. Auf dem militärischen Verlauf wird diese Haltung Südamerikas keinen wesentlichen Einfluß ausüben, höchstens daß eine Anzahl in den dortigen Häfen liegender deutscher Handelsschiffe direkt oder indirekt der Entente in die Hände fallen. Für die späteren wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Südamerika sind die Vorgänge aber von schwerwiegender Bedeutung, denn Südamerika war ein wichtiges Exportgebiet für die deutsche Industrie, die wiederum von dort wertvolle Rohstoffe erhielt.

**Innere Politik:** Abgesehen von der großen politischen Krise, die wir im Leitartikel behandeln, hat sich im Reichstage nichts Welterschütterndes zugetragen. Im Hauptausschuß ist über viele Dinge, wie Kriegsmühen und sonstige liebliche Begleiterscheinungen des frisch-fröhlichen und veredelnden Krieges viel geredet worden, in den wenigen Vollsitzungen ist das parlamentarische Völklein sanft dahingepflätschert. Festgehalten werden muß, daß die Regierungsozialisten zu dem Gesetz über das Milliardeneschenkel an das Reederkapital ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben haben. Und das, obwohl ein ihnen so nahestehender Mann wie Parvus mit aller Einbringlichkeit bewiesen hat, welche großen Fehler sie damit von nationalökonomischem und sozialistischem Standpunkte aus begehen.

Wenn der Reichstag im November wieder zusammentritt, wird ihm eine neue Kriegskreditforderung von 10—15 Milliarden präsentiert werden.

Bürgerliche Blätter wußten allerlei von einer Reform des preussischen Herrenhauses zu berichten. Diese Reform soll nach dem Muster der mittelalterlichen Ständeversammlung zustande kommen, d. h. die hauptsächlichsten Berufsstände sollen eine Vertretung im preussischen Oberhause erhalten, das konservative Element aber behielte nach wie vor die Oberhand. Da man aber Mumien nicht neu beleben kann, bleiben wir bei der alten sozialdemokratischen Forderung: Fort mit dieser Mumienkammer!

Mit der kleinen „demokratischen“ Reform, zu der sich die Regierung bereit erklärt hat, mit der Teilung der Riesenwahlkreise für die Reichstagswahlen geht es auch nicht sonderlich schnell vorwärts. Im Verfassungsausschuß hat Ministerialdirektor Sewald angekündigt, daß ein entsprechender Gesetzesvorschlag erst Anfang nächsten Jahres dem Reichstage vorgelegt werden könne. Man muß allerdings zugestehen, daß wahlgeometrische Berechnungen eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Der Zentralschuß der fortschrittlichen Volkspartei hat in ziemlich sanfter Form gegen den vom alldeutschen Koller befallenen Abgeordneten Pfarrer Traub Stellung genommen. Herr Traub scheint aber gar nicht daran zu denken, der Fortschrittspartei den Rücken zu kehren. Er hat dazu auch gar keine Veranlassung, denn viele Größen dieser Partei bekennen sich zwar mit dem Munde zu der Friedensresolution des Juliabendes, in unbewachten Augenblicken verraten sie aber, daß sie für eine Verständigung — mit Annexionen sind. Das hat erst kürzlich der Führer der sächsischen Fortschrittler, Herr Günther, getan.

Die „Deutsche Vaterlandspartei“ stellt mit Befriedigung fest, daß sie bei den Liberalen und Zentrumsleuten Bayerns überaus starken Anhang gefunden hat.

Nach Meldungen bürgerlicher Blätter soll der Zentrumsabgeordnete und Führer der christlichen Gewerkschafter Otesberts für die Stelle eines Unterstaatssekretärs im Reichswirtschaftsamte ausersuchen sein.

Das Verlangen, vormärzliche Zustände in Deutschland wieder einzuführen, spricht aus einer Rundfrage der sächsischen Regierung an die Handels-

kammern über die Einführung eines allgemeinen Passzwanges, auch für Inlandsreisen und auch für den Frieden.

Wie gemeldet wurde, sind Gewerkschaftsführer mit einer Einladung zum Generalfeldmarschall v. Hindenburg ins Große Hauptquartier bedacht worden.

Am 3. Oktober hat beim Reichskanzler Dr. Michaelis ein parlamentarischer Gesellschaftsabend stattgefunden, an dem auch die Regierungsozialisten teilgenommen haben.

### Aus der Bewegung.

**In Württemberg** hat sich in Bödingen eine Ortsgruppe gebildet und sich der U. S. P. angeschlossen. Die Ortsgruppe hatte in letzter Zeit eine Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen.

**Die Chemnitzer Organisation** macht gute Fortschritte, wie in der letzten am 2. Oktober stattgefundenen Monatsversammlung berichtet werden konnte. Die Angaben über den angeblichen Mitgliederbestand der Regierungsozialisten im Chemnitzer Bezirk löste bei den Versammelten Heiterkeit aus.

**Marxierte abhängige Friedensdemonstration.** Im Reichstagswahlkreis Raumburg—Weißensfeld—Zeitz, dessen zuständige Kreisorganisation bekanntlich zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übergetreten ist, steht es um die Sache der Regierungsozialisten heralisch schlecht. Mit Ausnahme des Abgeordneten Thiele (Halle), der mit einem Häuflein von Getreuen (Gewerkschafts-, Konsum- und Krankenkassen-Angestellten) die Sache der Scheidemannier unentwegt hoch hält, will im Kreise niemand etwas von ihr wissen. Um dem etwas abzuhelfen, hatte man jüngst in den Städten Weißensfeld und Hohenmölsen öffentliche Friedensversammlungen veranstaltet, aber auch damit einen kläglichen Percinall erlebt. In Weißensfeld hatte man in der bürgerlichen Presse ein großes Inserat losgelassen, laut welchem alle Bevölkerungskreise zu einer öffentlichen Volksversammlung mit Herrn Stadtrat Weims, Magdeburg, als Referenten eingeladen wurden. Unterzeichnet war das Inserat mit „Der Einberufer“, jedweder Hinweis darauf, welcher Parteirichtung dieser geheimnisvolle Einberufer angehörte, fehlte. Wer von der Existenz und den persönlichen Verhältnissen des Herrn Stadtrat Weims keine Ahnung hatte, mußte der ganzen Aufmachung der Einladung nach eine bürgerliche Veranstaltung vermuten, um so mehr, als in der Schuhmacherstadt Weißensfeld seither immer mit offenem Bissier gekämpft worden ist. Ebenso kläglich wie die Aufmachung war auch der Erfolg der Veranstaltung. Raum 100 Personen, die fast ausschließlich bürgerlichen Kreisen angehörten, hatten sich eingefunden. Resigniert meldet das Ersapparteiblatt, daß in Halle erscheint, daß die Versammlung „infolge der unabhängigen Gegenagitator“ so schwach besucht war. Von einer solchen ist aber unseren Genossen nichts bekannt geworden, außer der Tatsache, daß am gleichen Tage im „Volkshaus“ eine Schuhmacherverammlung stattfand, die sehr stark besucht war.

Ähnlich wie in Weißensfeld ging es mit der abhängigen Sache in Hohenmölsen. Dort hatten sich außer den Bürgerlichen auch eine Anzahl Gewerksvereiner eingefunden, die aus Neugierde gekommen waren, um zu sehen, wie von unabhängiger Seite dem „Herrn Stadtrat“ mitgespielt wurde. Sie kamen nicht auf ihre Rechnung, denn unsere Genossen hatten es auch hier vorgezogen, die Herren Abhängigen unter sich zu lassen.

Mittlerweile macht die unabhängige Parteibewegung im Kreise gute Fortschritte. Parteimitgliederstand und Leserzahl des „Volksboten“ sind heute höher, als vor dem vor zwei Monaten erfolgten Uebertritt zur Unabhängigen Partei, trotz aller Absplittersversuche der Abhängigen. Die Klärung hat auch hier die alte Zugkraft der sozialistischen Anschauung kräftig gehärtet.

**Wittgenndorf.** Nach längerer Zeit fand wieder eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. In der Versammlung waren als Gäste Genossen des Kreisreis, des Bezirksvorstandes der U. S. P. erschienen. Da am 23. Mai der 15. sächs. Reichstagswahlkreis zu den Unabhängigen übergetreten ist, die Wittgenndorfer Organisation aber nicht ihren Austritt aus der Kreisorganisation erklärt hat, nahmen die Genossen des Kreisvorstandes ohne weiteres an, daß sie an der Versammlung teilnehmen könnten. Herr Waibel, ein tüchtiger Durchhalter, war aber anderer Meinung; unter allerhand Verdächtigungen stellte er den Antrag, die Gäste aus der Versammlung hinauszumerfen. Die Versammlung lehnte diesen Antrag ab. In Kürze wird in Wittgenndorf eine öffentliche Versammlung der Unabhängigen stattfinden.

**Preiserhöhung für den „Wahren Jakob“.** Der Verlag des „Wahren Jakob“ gibt bekannt: „Die ungeheure Preiserhöhung besonders des Papiers und der Farben zwingt uns, von Nr. 815 an eine kleine Erhöhung des Abonnementspreises eintreten zu lassen. Das Jahresabonnement ab viertes Quartal 1917 beträgt 8,80 M., das Postabonnement vierteljährlich 25 Pf. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pf. Der geringe Aufschlag von 5 Pf. für die Nummer ist dringend, da der bisherige Preis bei weitem die Kosten nicht deckt.“ Der „Wahre Jakob“ ist mit drei Jahren immer miserabler geworden. Er ist heute so schlecht, daß er das Papier nicht verdient, auf dem er heute gedruckt wird. Man müßte einen Preis ausschreiben für den, der in diesem Druckergewerbe einen wirklich guten Witz entdeckt. Dein bürgerliches Blatt ist im Rechte so entartet, wie dieses ehemals von Arbeitern gern gelesene Blatt. Heute ist es wirklich der „Wahre Jakob“, dem jeder anständige Arbeiter aus dem Wege geht.

**Offenburg. (7. Kreis.)** Am 5. Oktober fand die erste Bürgerauswahlung seit unserer Parteifeldung statt. Die 4 Regierungsozialisten gingen als Stadtverordnete jetzt ihre eigenen Wege. Unsere fünf Genossen traten dennoch bei den Vorschlägen zur Erziehung für die im Felde stehenden Mitglieder des Ausschusses dafür ein, daß an Stelle der beiden ausgeschiedenen Sozialdemokraten die in der Wahlvorschlagsliste von 1912 an nächster Stelle stehenden beiden Regierungsozialisten gewählt werden sollten. Das geschah auch. Ob die Umkerner im entgegengesetzten Falle auch so gehandelt hätten? Der Prozeß unserer Genossen gegen den Abzug eines Betrages von der Teuerungszulage der städtischen Arbeiter hatte den erhofften Erfolg.

### Groß-Berliner Chronik.

Die Versammlung des Zweckverbandes in Groß-Berlin beschloß, die Stellung des Direktors für den Zweckverband öffentlich auszuschreiben. Die Gegensätze im Zweckverband sind außerordentlich stark zugeführt. Herr Steiniger, der jetzige Direktor, hat sich als ungeeignet für das Amt erwiesen. Durch sein selbstherrliches Vorgehen hat er Leute vor den Kopf gestoßen, die früher für ihn eingetreten sind. Das liegt auch daran, daß der Mann mit den Landräten und der Regierung eine Berlin feindliche Politik zu betreiben versucht. Ob übrigens ein anderer Mann etwas Besonderes leisten wird, steht dahin, denn die ganze Organisation des Zweckverbandes ist ein solches Gebilde, das zu einer für die Gemeinden Groß-Berlins erspriehlichen Tätigkeit gar keine Möglichkeit bietet. Interessant ist, daß Herr Steiniger sich herausgenommen hat, seine eigene Stelle selber auszuschreiben, was eine Sache des Vorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Vermuth, ist. Letzterer hat nunmehr die Ausschreibung selber vorgenommen.

Bei einem Hoch auf Hindenburg, das nach einer Rede des Oberpräsidenten zum Geburtstag Hindenburgs Herr Vermuth noch glauben ausbringen zu müssen, erhoben sich auch die Stadtverordneten Helmann, Pfannkuch, Ritter, Basner und Bruns von ihren Sitzen, während die Stadtverordneten Wepl und Hoffmann sitzen blieben, da dieses Hoch in dieser Situation als politische Demonstration zu werten war unter Ausscheidung der Perion Hindenburgs und bekannt ist, in welcher Weise der Name Hindenburg in letzter Zeit zur Deckung politischer Bestrebungen benutzt worden ist.

Neußölln und Drib haben eine wirtschaftliche Vereinigung geschlossen insofern, als Neußölln die Gemeinde Drib auf 50 Jahre mit Gas versorgen will.

Um sich der Abstimmung über die Gaspreiserhöhung zu entziehen, haben sich die Stadtverordneten Theodor Fischer und Adolf Ritter in der entscheidenden Abstimmung über die Preiserhöhung für Gas aus dem Sitzungssaal entfernt. Beide Stadtverordnete gehörten dem Ausschussrat der Gaswerke an, wo die Vorlage über die Gaspreiserhöhung vorbereitet wurde und wo sie für die Vorlage gestimmt haben. Rette Arbeitervertreter!

Die Verteuerung von Mehl und Brot soll am 15. Oktober in Kraft treten. Der Brotpreis steigt um 8 Pfennige. Vom 15. Oktober ab kostet das 1915-Gramm-Schwarzbrot 83 Pf. und das 1950-Gramm-Weißbrot 90 Pf. Gleichfalls wird mit dem 15. Oktober eine Erhöhung der Mehlleinhandelspreise eintreten. Der Preis für das Pfund Weizenmehl stellt sich von diesem Tage ab auf 23 Pf., für das Pfund Roggenmehl auf 24 Pf. und für das Pfund Krankweizenmehl auf 30 Pf.

Die Erhöhung des Brotpreises entspricht der durch die Reichsgetreidestelle festgesetzten Erhöhung des Mehlpreises. Wegen der durch eine etwaige Streckung des Brotes mit Kartoffeln sich ergebenden Veränderung sind bisher bindende Beschlüsse noch nicht gefaßt worden, da zunächst auch über den 15. Oktober hinaus die bisherige Mehlration durch die Reichsgetreidestelle beibehalten werden soll.

Eine Hauptwildstelle ist in Berlin gegründet worden. Wildfleisch werden wir deshalb aber kaum zu sehen bekommen. Bemerkenswert ist, daß nach den neuen Bestimmungen von den einzelnen Jagdstrecken drei Stück Rot-, Dam-, Schwarz- oder Rehwild oder 10 Stück Niederwild (Hasen, Kaninchen, Fasanen) zur freien Verfügung des Jagdberechtigten stehen. Mit drei Hirschen oder drei Rehen läßt sich schon eine Bettlunge leben und nicht einmal schlecht! —

Dob ist in Berlin noch reichlich vorhanden, allerdings sind die Preise immer noch recht hoch zu nennen. Gemüse dagegen ist kaum zu erhalten. —

Wegen Buhner mit Stiefelsohlen hat das Kriegswucheramt dem Kaufmann L. Dufelsky in der Warschauerstraße den Handel mit Gegenständen des täglichen Lebens untersagt und das Gericht hat den Mann deswegen zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe bedacht. Teuere und schlechte Stiefelsohlen sind aber jetzt allgemein, vielfach bekommt man kaum noch die Schuhe repariert.

Eine Zusammenlegung der Schulen soll in der Art erfolgen, daß vormittags und nachmittags abwechselnd Unterricht erteilt wird, um Kohlen zu sparen. Für viele Kinder bedeutet das weitere Wege zur Schule, was bei der teuren und mangelhaften Schulleistung sehr ins Gewicht fallen dürfte.

Wegen Warenverschleppungen sind dieser Tage eine Reihe von Verhaftungen erfolgt. Es sind zugleich große Warenmengen vom Kriegswucheramt beschlagnahmt worden und zwar: 270 Zentner Weizenmehl, 3 Zentner Schokolade, 24 lebende Kinder und 9 Schweine, 150 Zentner Honig, 40 000 Zigarren, 21 000 Kilogramm Kupfer, Zinn und Messing.

Eine weitere Kürzung der Milchration ist infolge geringerer Milchzufuhr für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahr eingetreten. Anstatt  $\frac{1}{2}$  Liter werden nur  $\frac{1}{3}$  Liter Milch gewährt. Dafür sollen monatlich 2 Pfund Nahrungsmittel gegeben werden.

Der Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion war Genosse Ewald als Hospitant beigetreten. Er hat jetzt wieder seinen Rücktritt erklärt. — Eine bemerkenswerte Szene spielte sich in der Stadtverordnetenversammlung am 28. September ab. Es handelte sich um die Bewilligung einer Summe von 8000 Mk. zum Zweck der Verlesung von armen Frauen und Kindern nach auswärts an einen Verein. Wolderstky (Abhängiger Sozialdemokrat) erklärte, daß seine Fraktion die Summe für die Soziale Arbeitsgemeinschaft des Ostens ablehne. Weil (U. S.) erklärt, daß auch wir an sich für städtische und nicht für private Wohlfahrtspflege seien, daß wir aber über diesen Verein gute Auskunft erhalten hätten und deshalb bewilligen würden. Uebrigens sei das Geld schon verbraucht. Stadtrat Fischer gab günstigen Bericht über den Verein und darauf erklärt Wolderstky: Nach dem über den Verein in der Debatte gegebenen Auskünften kämen seine Freunde in Verlegenheit (!!!), wenn sie ablehnen würden, sie würden also auch bewilligen.

### Weiteres.

Herr Ferdinand Bonn, der auch in Arbeiterkreisen bekannte Schauspieler, gibt in einem Feuilleton der „Deutschen Tageszeitung“ seinen Senf zur Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei“ und singt ihr ein himmelhoch jauchzendes Begeisterungslied. Darin apokrophisiert er die sozialdemokratischen Arbeiter folgendermaßen:

„Mögen gute und schlechte Könige wechseln, das System des Königtums ist doch die beste von allen möglichen Regierungsformen. Drum haltet doch jezt um Gottes Willen aus, ihr sozialistisch und deutschen Brüder, nachdem ihr so heroisch für euer Vaterland gekämpft habt. Schaut nach Rußland, und wenn euch die scheußliche Unfreiheit, die Wühlerei und Bestecherei einer Republik besser gefällt, so sucht uns später zu überzeugen. Bei mir wird's nicht gelingen, ich bin trotz persönlicher Erfahrungen überzeugter Monarchist. Ihr könnt mit ja dann köpfen, wenn ihr Revolution macht. Wenn schon. Vielleicht sitzt dann Maximilian Harden im Revolutionstribunal. Ein feiner geistvoller Mann, wie er ist, wird er mir mit sardonischem Lächeln die Hand brücken: „Sie sind ja das Geföpf, werden schon gewöhnt, lieber Bonn. Ihr historischer Freund Fritz Engel hat Sie ja so oft geköpft — lassen Sie sich's recht gut gehen bis zur Hinrichtung!“

Das kann alles kommen, wie es soll. Aber wollt ihr wissen, was der Hungerfriebe — der Englands Niederlage in Sieg verwandelte — für euch bedeuten würde, — fragt einen der euren, Karl Reuthner a. B., der vor Jahren schrieb: „In der Weltwirtschaft hat niemand die Niederlage mehr zu fürchten als der Arbeiter. Ihm geht es doppelt und dreifach ans Leben. Er vergießt das Blut in den Schlachten, wird arbeitslos und heimlos.“

Herr Ferdinand Bonn hat seinem Ritt ins politische Leben eine durchaus treffende Ueberschrift gegeben. Sie lautet: Gedanken eines Laien!

### Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, findet der zweite musikalische Vortrag des Genossen Leo Kestenberg über Mozart statt. Eintrittspreis 20 Pfennig.

Montag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, beginnt der Kursus des Genossen Emil Eichhorn über Wirtschaftsprobleme des Weltkrieges (Kriegs- und Staatssozialismus, Monopole, Steuerfragen usw.).

Dienstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, nimmt der Kursus des Genossen Eduard Bernstein über das Thema: Aus der Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie seinen Anfang. — Dieser Kursus ist besonders für weibliche Hörer bestimmt.

Mittwoch, den 17. Oktober, beginnt der Kursus für Jugendliche: Einführung in die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus.

Donnerstag, den 18. Oktober, nimmt der Kursus des Genossen Ernst Däumig über das Thema: Die ökonomische und soziale Entwicklung Rußlands seit der Bauernbefreiung seinen Anfang.

Die Bibliothek der Schule ist vom 15. Oktober ab an allen Kursusabenden geöffnet und steht den Hörern sowie allen Mitgliedern der Groß-Berliner Parteiorganisation gegen entsprechende Legitimation unentgeltlich zur Verfügung.

Die Karten zum Anstabend des Bezirksbildungsausschusses am 27. Oktober im großen Saale des Lehrervereinshauses sind schon jetzt zum Preise von 80 Pfennig im Verbandsbüro, Schilderstraße 5, im Büro des 4. und 6. Wahlkreises, im Büro des Ortsvereins Neukölln und im Büro des Kreises Niederbarnim zu haben. Der Reinertrag der Veranstaltung ist für die Arbeiterbildungsschule bestimmt.

Mitwirkende sind an diesem Abend: Frau Ida Garth zur Nieden (Gesang), Frau Nest Langer (Rezi-

tation), Herr Leo Kestenberg (Klavier), Herr Nikolaus Rambinger (Violine) und Herr Gottfried Zeelander (Violoncello).

### Aus den Organisationen.

**5. Wahlkreis.** Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, Rosenthaler Straße 11/12, Extra-Zahlabend.

**Neukölln.** Im September d. J. konnte der Genosse Karl Stoffelt, Rantstr. 5, auf eine 25-jährige Parteizugehörigkeit zurückblicken. Im September 1892 kam er zur Partei, der er bis heute durch alle Irrungen und Wirrungen hindurch die Treue gehalten hat. Hoffen wir, daß es ihm noch recht lange und in vollster Nützlichkeitsvergönnt sein möge, für seine Ideale im Dienste der Partei zu wirken. Das 4. Viertel.

**Zeltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.** Die Statutenberatungskommission tagt bis auf weiteres jeden Mittwoch abends 8 Uhr (außer am Zahlabend) im Büro des Wahlvereins Neukölln, Redarstraße 3, Laden. Jedes Mitglied hat Zutritt. Anträge sind zu richten an den Obmann H. Rosenstiel, Neukölln, Manittiusstraße 1.

**Edenid.** Am 8. Oktober erstattete Genosse Nag Bericht über die Kreisgeneralversammlung, der zu einer lebhaften Aussprache führte. Von mehreren Rednern wurde der Gedanke ausgesprochen, daß die U. S. P. nicht in die Bahnen der alten Partei treten möge. Nicht auf hohe Beiträge zc. komme es an, sondern auf erprobte Klassenkämpfer, und es sei dringend notwendig, daß nicht etwa der alte Fehler, nämlich Stabilisierung eines bürokratischen Systems, wieder begangen werde. Die Führer müßten von den Massen kontrolliert werden und da käme es auf Zielstrebigkeit jedes einzelnen an. — Unter „Verschiedenes“ gab Gen. Ried den Massenbericht vom 2. Quartal, welcher mit 170,36 Mk. Einnahme und 136,56 Mk. Ausgabe abschließt. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die alten Beitragsmarken nur bis zum 31. 12. 17 Gültigkeit haben. Auch wurden die Genossen auf die regierungssocialistischen Bestrebungen innerhalb der Konsum-Genossenschaft und der Freien Volkshäuser aufmerksam gemacht. Ebenso wurde die standalöse Entlassung des Gen. Rautsky aus der Redaktion der „Neuen Zeit“ einer ausgiebigen Besprechung unterzogen. Ein Redner regte die Schaffung einer Bücherei an, zu der jeder nach eigenem Können beisteuern möge, damit die Bildungsfrage am Ort in Angriff genommen werde. Die anregend verlaufene Versammlung atmete einen kampffreudigen Geist und gibt die besten Aussichten für den Ausbau unserer Bewegung. Am Mittwoch, den 10. Oktober, finden 2 Bezirksversammlungen statt und zwar bei Schnorre, Wählendorferstr. 1 und bei Ehrenberg, Elisabethstraße.

### Vereins-Veranstaltungen.

**Zweiter Wahlkreis.** Sonntag, den 14. d. M., findet für die Mitglieder eine Herbstwanderung statt. (Grünau — Wüggelberge — Friedrichshagen.) Treffpunkt mittags 2 Uhr am Bahnhof Grünau. Nachzügler bis 4 Uhr im Restaurant Rübezah. Am recht zahlreiche Beteiligung ersucht.

**Neukölln.** Im Winterhalbjahr werden von der Stadt Neukölln in der Aula der Realschule, Boddinstraße 34/1, volkstümliche Vortragsabende und Konzerte veranstaltet. Dienstag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, spricht Privatdozent Dr. Hans Spethmann über: Der Kanal und die Dürfte Englands — London und die Londoner. Lichtbildervortrag. Platzkarten und Garderobengebühr 20 Pf. Karten zu dem Vortrage sind im Sekretariat, Redarstr. 3, zu haben.

### Gewerkschaftshaus, Saal 4.

Sonnabend, den 20. Oktober 1917, abends 8 Uhr:

### Kunst- und Theater-Abend

Gesang, Vorträge, 1 Lustspiel, Spielszenen, Rezitation, Das Melodram:

„Das Hegenlied“, v. Wildenbruch.

Musik v. Schilling.

Saallöffnung 7 Uhr.

Eintritt einschließlich Garderobe 1 Mark. Vorverkauf Engelauer 15 im Zigarrengeschäft.

### Die herzlichsten Glückwünsche

zu der am 8. Oktober d. J. erfolgten

### Silbernen Hochzeit

unseres Abteilungsführers **Fritz Falke und Gattin.**

Die Genossen und Genossinnen der 17. Abteilung des 4. Wahlkreises.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäschung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwägerin, Schwester und Tante

**Ida Deutschmann**  
geb. Fahrenwald

sagen wir allen Genossen und Genossinnen, Freunden und Bekannten, den Sängern, sowie Herrn Waldeh Manasse für seine mitfühlenden Worte am Sarge der Entschlafenen unseren herzlichsten Dank.

Paul Deutschmann und Kinder.  
Berlin, 8. Oktober 1917.  
Löwestr. 27.

Freunden und Parteigenossen die traurige Mitteilung, daß am 8. Oktober 1917 meine Tochter

**Eli**

im Alter von 9 Jahren verstorben ist.

Alfred Hiel nebst Familie.  
Berlin-Lichtenberg, Weichselstr. 13.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.**  
Zentrale Berlin, Sebastianstraße 87-88.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!

Am 8. Mai 1917 fiel der Herrenmaßschneider, Kollege

**Gottlob Mehger**  
geb. 6. 5. 88.

Am 9. August fiel der Wäschereischneider, Kollege

**Willy Rabe**  
geb. 31. 10. 86.

Am 8. Juli 1917 fiel der Herrenmaßschneider, Kollege

**Georg Schulwitz**  
geb. 9. 12. 72.

Am 14. September 1917 starb der Herrenmaßschneider, Kollege

**Thomas Florian**  
geb. 31. 9. 88.

Am 15. September 1917 starb an Gehirnschlag der Herrenkonfektionschneider, Kollege

**Karl Fehselbein**  
geb. 16. 5. 80.

Am 16. September 1917 starb an Malaria-Fieber der Wäschereischneider, Kollege

**Erich Rüdiger**  
geb. 2. 4. 96.

Die Ortsverwaltung.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

**4. Wahlkreis.**

Am 28. September fiel im Alter von 28 Jahren unser Bezirksführer

**Richard Boese**  
Waldemarstr. 68, Bezirk 166.

Im August fiel im Alter von 31 Jahren unser Bezirksführer, der Metallbrücker

**Oskar Jaenger**  
Waldemarstr. 16, Bezirk 166.

Ehre ihrem Andenken!

### Nachruf.

**3. Wahlkreis.**

Am Montag, den 1. Oktober, verstarb unser Genosse, Gastwirt

**Hermann Stumpe**  
Alte Jakobstr. 65, 10. Abt.

**4. Wahlkreis.**

Am 4. Oktober verstarb unser Genosse, der Arbeiter

**Karl Mirisch**  
Staligerstr. 127, Bezirk 154 I.

Am 2. Oktober verstarb unser Genosse, der Schleifer

**Paul Hänsel**  
Reichenberger Str. 83, Bezirk 205 II.

Am 5. Oktober verstarb unsere Genossin

**Gulda Müller**  
Liegninger Str. 16, Bezirk 205 I.

Am 7. Oktober verstarb unser Genosse

**Julius Ruppnow**  
Langestr. 74, Bezirk 286.

Am 7. Oktober verstarb unsere Genossin

**Frieda Herrns**  
Hübnerstr. 5, Bezirk 340 I.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Ehre ihrem Andenken!

## Stockholm.

Der Stockholmer Konferenzgedanke, der seit Wochen auf einem toten Punkt angelangt war, wird wahrscheinlich einen neuen Antriebs erhalten. Zur Zeit, in der diese Zeilen geschrieben werden müssen, tagt in Bordeaux der französische Nationalkongress, auf dem die Konferenz- und Passfrage eine große Rolle spielen wird. Alle Nachrichten der letzten Zeit über die Stimmung in der französischen Partei lassen die Annahme zu, daß die verböhrte Haltung der Regierungssozialisten und deren passive Resistenz gegen Stockholm von der großen Mehrzahl der Parteimitglieder entschieden verurteilt wird. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Tagung in Bordeaux die französische Partei zu einem entschiedenen Kampf für Stockholm veranlassen wird.

Noch wichtiger ist die Tatsache, daß in Rußland die demokratische Konferenz der revolutionären Verbände erneut ein lautes Bekenntnis für den Frieden abgelegt hat. Wenn in den offiziellen Berichten auch der Name Stockholm nicht direkt erwähnt wurde, so ist dadurch doch bewiesen worden, daß die russischen Sozialisten am Konferenzgedanken unbedingt festhalten und sicherlich mit neuer Energie für das Zustandekommen der Konferenz eintreten werden.

## Der internationale Gewerkschaftskongress.

In der ersten Oktoberwoche hat in Bern der internationale Gewerkschaftskongress seine Tagesordnung erledigt. Vertreter der französischen, italienischen und englischen Gewerkschaften waren nicht erschienen, da sie von ihren Regierungen keine Pässe erhalten hatten. Die sozialpatriotischen englischen Gewerkschaftsführer hatten außerdem ein Schreiben an die Konferenzleitung gerichtet, in dem gesagt wird, daß die englischen Arbeiter nicht mit den deutschen Gewerkschaftlern verhandeln könnten, weil diese sich zu sehr mit ihrer kriegerischen Regierung solidarisch gezeigt hätten. Ausgerechnet der deutsche Regierungssozialist Bauer legte gegen die englischen Angriffe Verwahrung ein. Ob er die Konferenzteilnehmer überzeugt hat, können wir nicht sagen, denn über die Verhandlungen lag uns nur ein offizieller Bericht des Wolff-Bureaus vor. Der Beschluß der Konferenz, auf die Begründung der englischen Ablehnung und überhaupt auf die ganze Kriegsschuldfrage nicht einzugehen, bedeutet natürlich keine Rechtfertigung der deutschen Gewerkschaftsführung; es entspricht nur dem Programm, daß der Kongress für seine Arbeiten aufgestellt hatte. Die Arbeiter können aus dem Vorgange aber sehen, daß die Verhöhnungsarbeit, die man drei Jahre lang in allen Lagern des Sozialpatriotismus getrieben hat, auch auf gewerkschaftlichem Boden ihre giftigen Früchte zeitigt.

Der Kongress sprach dann weiter sein prinzipielles Einverständnis über die Verlegung des internationalen Gewerkschaftssekretariats von Berlin nach einem anderen Lande aus. Endgültig darüber entscheiden soll der nächste internationale Gewerkschaftskongress. Interessant ist, daß bei Beratung dieses Punktes auch der alte Schweizer Genosse Greulich den Deutschen einige unangenehme Wahrheiten sagte.

Ein weiterer Beschluß des Kongresses geht dahin, daß an die Regierungen der kriegsführenden Völker das Ersuchen gerichtet werden soll, der Arbeiterklasse im Friedensvertrage ein Mindestmaß von Schutz und Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden muß. Darnach sollen in den Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechtes und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden.

## Was den Sozialpatrioten nicht gefällt.

Nach einem Bericht des Kopenhagener Blattes „Politiken“ aus Bergen, hat sich dort kürzlich der Delegierte der russischen sozialrevolutionären Partei, Rubanowitsch, über die in besonderer Mission nach Frankreich reiste, über die Lage in Rußland und die Aussichten der sozialistischen Konferenz in Stockholm geäußert. Die Passverweigerung der Ententeregierungen bezeichnete er als einen großen Fehler, aber zugleich wandte er sich auch gegen die Einberufung der Konferenz in Stockholm, wo ein „gefährlicher Boden für deutsche Intrigen“ sei. Noch weniger wie Stockholm gefällt Rubanowitsch (der bekanntlich langjähriger Vertreter der sozialrevolutionären Partei im Internationalen Sozialistischen Bureau und neben Plechanow einer der am weitesten rechts stehenden Führer der russischen Sozialdemokratie, die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie). Nach dem erwähnten Bericht bezeichnete er sie ausdrücklich als Gefahr für Rußland, da sie nichts Positives im eigenen Lande ausdrücken könne und dazu beitrage, Friedenssehnsucht in den alliierten Ländern zu schaffen!

Man kann es Rubanowitsch nachempfinden, daß ihm und seinen Freunden die Existenz der deutschen Unabhängigen Partei, wie jeder den sozialistischen Grundfragen treu gebliebenen Sektion der Internationalen, nicht gefällt. Wie schön wäre es, wenn es in allen Ländern nur Scheidemänner gäbe! Dann hätten die Kriegspolitiker überall freie Hand, und die Scheidemänner aller Länder könnten, von Kritikern unbehelligt, den Kampf bis ans Ende“ gegen einander predigen — im Namen der internationalen Solidarität des Proletariats.

## Zum Boykottbeschlusse der englischen Seelente.

Es hat seinerzeit berechtigtes und peinliches Aufsehen erregt, als das Komitee der britischen Seelente und Heizer den Beschluß faßte, dem Genossen Macdonald, der von seiner Partei nach Stockholm delegiert war, die Ueberfahrt zu verweigern. Frohlockend wiesen damals alle Gegner der Arbeiterbewegung auf diesen infamen Streich hin, der sich den schlimmsten Ausschreitungen der Kriegshetze und -fanatiker im Weltkrieg würdig anreihete.

Nun sind bei der Stockholmer Vertretung der russischen A- und S-Räte Mitteilungen aus England eingegangen, die Licht auf das Zustandekommen des erwähnten Boykottbeschlusses werfen. Das Komitee der britischen Seelente und Heizer ist darnach nichts anderes, als ein Ausschuß, der sich mit der Anwerbung von Seelenten beschäftigt und so zusammengesetzt ist, daß ihm auch Leute angehören können, die der Arbeiterklasse fremd gegenüberstehen. Der Boykottbeschlusse gegen den Genossen Macdonald wurde eigenmächtig vom Vorsitzenden des Komitees, Wilson, und seinem Sekretär gefaßt und dann als Meinung aller Seelente und Heizer ausgegeben. Ein nettes Beispiel der Bureaucratischen-Wirtschaft, die auch in den englischen Gewerkschaften ihr Unwesen treibt!

Ergänzend sei noch mitgeteilt, daß der „Verband der russischen Seelente im Ausland“ (eine seit einem Jahrzehnt bestehende rührige Organisation, die auch in England ihre Filialen hat) sofort gegen den Boykottbeschlusse Protest einlegte und eine Besetzung von 35 Mann bildete, die sich erbot, Genosse Macdonald nach Skandinavien zu bringen. Die energische Agitation dieses Verbandes bewirkte es danach, daß das Komitee der britischen Seelente und Heizer den von seiner Leitung gefaßten Beschluß rückgängig machte.

## Der Kampf um die Ostsee.

Von Nigenis.

„Eine nähere Betrachtung der geographischen, wirtschaftlichen und strategischen Verhältnisse ergibt... eine ganz ähnliche Rolle der baltischen Provinzen mit ihren Küsten für Ostsee, wie Belgien mit der flandrischen Küste für Nordsee, Kanal und Ozean.“

(Graf E. Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 21. September.)

Wir haben den vorstehenden Satz des lauteften Wortführers der alldeutschen Machtpolitiker an die Spitze unserer Ausführungen gesetzt, weil er unseres Erachtens am deutlichsten die Stellung formuliert, welche nach der Einnahme Rigas den baltischen Provinzen im Kriegszieleprogramm der ganzen und halben Eroberungspolitik eingeräumt wird. Den Beweis ist uns zwar Graf Reventlow bisher schuldig geblieben, daß die baltischen Provinzen eine ähnliche Bedeutung für die „Freiheit der Meere“ haben wie Belgien, dessen Beherrschung nach den Versicherungen derer um Reventlow die einzige Bürgschaft für die künftige Weltgeltung Deutschlands bietet. Gleichviel, die Konsequenz bleibt bei ihm die gleiche: „Daß Deutschland diese Küsten unter seinen Schutz nehmen muß, weil sie sonst, sei es direkt oder indirekt, unter die Herrschaft Großbritanniens fallen werden. Ein Drittes gibt es für absehbare Zeit nicht.“

Mit der „Inschubnahme“ der baltischen Küsten ist selbstverständlich die Kostrennung der drei baltischen Provinzen, Kurland, Livland und Estland, von Rußland und dessen Absperrung von der Ostsee notwendig verbunden. Ferner ergibt sich hieraus auch die Notwendigkeit der Einbeziehung Finnlands in die deutsche Machtphäre, denn nur dann würde die Beherrschung der Ostsee sichergestellt sein. In welchen politischen Formen sich diese „Inschubnahme“ vollziehen würde, ist gleichgültig. Wesentlich ist die Tendenz, die dem Streben einflussreicher annexionsistischer Kreise — nicht nur alldeutscher Färbung — nach „Befreiung“ der baltischen Nordländer der Ostsee zu Grunde liegt.

Diese Tendenz ist in den zahlreichen Eingaben und „Nichtlinien“ annexionsistischer Verbände und Ausschüsse dahin formuliert worden, daß neben der Gewinnung neuer Siedlungsgebiete und der Beherrschung der Handelsströme an der Ostsee das Prinzip der „Sicherung“ der deutschen Ostgrenze durch die Zurückdrängung Rußlands bis hinter den Peipus-See und den Narowa-Fluß in den Vordergrund zu rücken sei. Neuerdings ist auch schon die wissenschaftliche Theorie entdeckt worden, die diesem Streben zu Grunde liegt. Es ist, wie Richard Pohle in dem von Prof. Max Sering eingeleiteten Sammelbuche „Westrußland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas“ (Teubner, Leipzig 1917) darlegt, der gleiche „geopolitische Zwang“, der Deutschland nach Südosten über den Balkan in die Türkei und nach Nordosten über die Ostseeprovinzen hinweg, weiter nach Finnland zieht.

Aus diesem Zwang ergibt sich nach Pohle Deutschlands Stellung zu der Befreiung Finnlands, Deutsch-

land braucht „freie Bahn“ auf der Ostsee. „Darum bedürfen wir eines freien Finnlands als eines selbständigen Staates“. Ein freies Großfinnland werde der Gasseiler eines erweiterten Mitteleuropas sein. Die billige Planke dieses neuen Staatesgebäudes, dessen Mittelpunkt Deutschland sein soll, errichtet ein anderer Mitarbeiter desselben Sammelbuches in den baltischen Provinzen, denen in dem Ostseeprogramm der hinter diesem Werk stehenden Kreise die bedeutendste Rolle zugewiesen wird.

Die baltischen Provinzen sind — das wird nicht bestritten — nach ihrer Bevölkerungszusammensetzung keineswegs deutsch; denn die Deutschen bilden nur etwa 7 Prozent der Bevölkerung, die in ihrer Hauptmasse in der südlichen Hälfte aus Letten, in der nördlichen aus Esten besteht. Diese Seite der Frage wird indes als nebensächlich betrachtet, stattdessen ja die baltischen Provinzen vor 700 Jahren von den deutschen Ordensrittern „kolonisiert“ wurden, die ihnen bis auf den heutigen Tag ein „deutsches Gepräge verliehen haben“. Als die wichtigste Seite des ganzen baltischen Problems wird die wirtschaftliche behandelt, und zwar mit einer Nüchternheit und Sachlichkeit, die der Erkenntnis der politischen Bedeutung dieses Problems nur förderlich sein können.

Im Einklang mit den Wünschen verschiedener annexionsistischer Verbände wird der Besiedelung der baltischen Provinzen mit deutschen Kolonisten eine wichtige Rolle zugewiesen. Es bleibt unklar, ob als Siedlungsland außer den Domänen auch beträchtliche Teile der adeligen Patschundien ins Auge gefaßt sind, die mehr als die Hälfte des gesamten Grund und Bodens ausmachen. Vielmehr ist anzunehmen, daß bei dieser Besiedelung die sogenannte „Auffruchtungstheorie“ eine Rolle spielen soll, die in der alldeutschen Presse gegenüber der ortsanfässigen Bevölkerung, in diesem Falle also gegen die Letten und Esten, empfohlen wird. Wie dem auch sei: Als Grundlage des gegen den Osten aufzurichtenden Balles wird die Bildung eines starken deutschen Bauernhandes im Baltikum angesehen, der mit der Förderung der agrarischen Produktion dieses Gebietes den Schutz der deutschen Adels herrschaft vor der gegen sie gerichteten demokratischen Flut vereinigen soll.

Die Hauptfrage bleibt indes der Ausbau der baltischen Küstenlinie zu einem Hauptpfeiler der deutschen Wirtschaftsmacht im Osten. Ueber fünf Ostseehäfen Rußlands (Riga, Reval, Windau, Libau, Pernau) ging vor dem Kriege fast ein Drittel der gesamten Ein- und Ausfuhr Rußlands (652 Millionen Rubel von insgesamt 2300 im Jahre 1911). In den Hauptstädten des Baltikums entwickelte sich unter dem Schutze der russischen Zölle und unter Ausnutzung der günstigen Verkehrs- und Abfahrverhältnisse eine blühende Industrie, die Hunderttausende von Arbeitern beschäftigte. Die ganze oder teilweise Kostrennung des Küstengebietes vom Hinterland bedeutet natürlich einen tödlichen Schlag für die Industrie und den Handel der in Frage kommenden Gebiete. Unser Autor empfiehlt deshalb die Annexion der baltischen Provinzen in ihrer Gesamtheit, weil die Beherrschung der baltischen Küstenlinie „das Schicksal eines bedeutenden Teiles des russischen Marktes“ Deutschland in die Hand geben würde. Freilich nur der Küstenlinie in ihrer Gesamtheit; denn ihre Teilung würde „alle Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft zunichte machen“. (S. 55.) Es ist das Prinzip Reventlows aus dem „Mittarischen ins Wirtschaftliche übertragen: Nur die „Inschubnahme“ der ganzen baltischen Küste sichert Deutschland die Herrschaft über die Ostsee und verleiht den russischen Markt in Abhängigkeit vom deutschen Kapital. Wird dieses Prinzip durchbrochen, so stürzt das ganze stolze Gebäude der Beherrschung der Ostsee und des russischen Marktes zusammen; Rußland leidet seinen Handel über die in seinem Besitz verbliebenen Häfen, während in dem von ihm losgetrennten Gebieten — abgesehen von der Irredenta der zerschnittenen Völkerschaften — eine wirtschaftliche Rückbildung eintritt, die durch keinerlei künstliche Maßnahmen behoben werden kann.

Nur unter diesem Gesichtspunkt wird der Kernpunkt des baltischen Problems und seiner Bedeutung verständlich. Alles Gerede vom „uralten deutschen Kolonialland“, von „Rettung des baltischen Deutschland“, von „Befreiung“ der russischen Fremdvölker usw. ist schmühdendes Beiwerk, das den Kernpunkt der Frage verdunkelt. Entweder wird der Stand von vor dem Kriege (bei dem das baltische Deutschland sich übrigens ausgezeichnet fand) im wesentlichen hergestellt, oder Deutschland übernimmt mit der Angliederung der baltischen Küste resp. mit ihrer indirekten Einbeziehung in seinen Machtbereich die Herrschaft über die Ostsee, mit der daraus unweigerlich sich ergebenden Konsequenz, daß das von seinen wichtigsten Häfen abgedrängte und zur Abhängigkeit vom deutschen Kapital verurteilte Rußland im nächsten Jahrzehnt zu einem Kampf auf Leben und Tod gegen Deutschland rücken würde.

„Ein Drittes gibt es für absehbare Zeit nicht“ — sagen wir mit dem Grafen Reventlow.

## Hinter den Kulissen des Kornilowschen Staatsstreiches.

Die von dem Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei herausgegebene Auslandskorrespondenz „Pravda“ bringt vom Standpunkte der Bolschewiki aus folgende interessante Darstellung des Staatsstreiches Kornilow:

Allmählich erhebt sich aus dem Nebel der Gerüchte die wahre Vorgeschichte des Kornilowschen Staatsstreiches hervor. Das Zentralorgan der Rabetten, die „Nesich“, wie das große Moskauer Kapitalistenblatt „Utro Rossiji“ veröffent-

lichen Darstellungen, teils dokumentarischer Art, die den politischen Mechanismus des Staatsstreichs ins Licht setzen. Diese Darstellungen und Enthüllungen zeigen, daß die nächsten Mitarbeiter Kerenskis Filonenko und Sawinkow an der Vorbereitung, zwar nicht des Staatsstreichs gegen Kerenski, aber an der Vorbereitung eines infamen Streiches gegen die russische Arbeiterklasse zusammen mit Kerenski beteiligt waren. Und hinter dem Triumvirat Sawinkow, Filonenko und Kornilow stand als Regisseur Kerenski selbst. Der Staatsstreich Kornilows aber bestand nur darin, daß er die üblichen Pläne Kerenskis schließlich auf eigene Faust gegen Kerenski auszuführen gedachte.

Worin bestanden diese Pläne? Die „Kjetsch“ stellt fest, daß die Vorschläge Sawinkows, Kornilows und Filonentows aus vier Punkten bestanden. Aus der Forderung der Einführung der Todesstrafe im Hinterlande, der Militarisation der Eisenbahnen, der Militarisation der Industriebetriebe, die für den Krieg arbeiten und schließlich aus der Wiederherstellung der Disziplinargewalt der Offiziere über die Soldaten. Das Memorandum, in denen diese Forderungen begründet wurden, wurde von Filonenko verfaßt. Natürlich war es den Männern der eisernen Faust bekannt, daß das Proletariat Petrograds alle Kräfte anspannen würde, um diese Pläne der Einführung des Katorgasystems in Rußland zu vereiteln. Deswegen gedachten die Tapferen, Petrograd zu überfallen und das Petrograder Proletariat mit bewaffneter Hand unter das Joch zu beugen.

Der „Utro Rossii“ veröffentlicht ein Telephonogramm des Gesprächs zwischen Sawinkow und Kornilow vom 9. September. In diesem Telephonogramm erinnert Kornilow Sawinkow daran, „daß er im Namen der provisorischen Regierung von ihm gefordert habe, ein Kavallerietorps nach Petrograd zu entsenden, wobei unter ihnen abgemacht war, daß im Moment der Sammlung dieses Korps bei Petrograd, worüber Sawinkow telegraphisch benachrichtigt werden sollte, Petrograd in den Kriegszustand versetzt werden sollte. Dies wurde verabredet in Anwesenheit der Generale Lufomski, Romanowski und des Obersten Baranowski.“ Kornilow erklärt weiter, er habe angenommen, daß die Regierung schon bestimmte Beschlüsse in Bezug auf die Bolschewicks und die Sowjets angenommen habe.“ Darauf antwortet Sawinkow, er möchte zwecks historischer Gerechtigkeit nur erklären, „er habe im Namen des Ministerpräsidenten um ein Kavallerietorps gebeten, zwecks Sicherung und Durchführung des Kriegszustandes in Petrograd und zwecks Unterdrückung aller Versuche des Aufstandes gegen die Regierung, von welcher Seite sie auch kommen würden“.

Zwischen der Erklärung Sawinkows und Kornilows, wie sie im Telephonogramm enthalten sind, besteht kein prinzipieller Unterschied. Die Erklärung Kornilows zeigt nur konkreter das Gerippe des Kriegsplans gegen die Arbeiterschaft. Die beiden Erklärungen besagen, daß Kerenski bereit war, mit Hilfe der Generalität die Petrograder Arbeiter durch einen Angriff auf ihre Lebensinteressen zum Aufstand zu treiben und diesen Aufstand im Blute zu erstickend. Jetzt versteht man, weswegen die konterrevolutionäre Presse in den Wochen nach der Moskauer Beratung immerfort von bevorstehenden bolschewistischen Putsch sprach, obwohl der Parteitag der Bolschewick, wie ihre Presse die Arbeiterschaft vor jeden unüberlegten Schritt immerfort warnten. Jetzt versteht man, warum die bolschewistischen Zeitungen in provokatorischer Weise Tag für Tag unterdrückt wurden, obwohl sie vor Demonstrationen im gegebenen Moment warnten. Jetzt versteht man, wie buchstäblich im Recht das bolschewistische Blatt „Rabotschij“ war, wenn es schrieb, es werde immer in dem Moment unterdrückt, in dem es zur Ruhe mahne. Die Unterdrückungen hatten eben den Zweck, das Proletariat zu provozieren.

Die Generalität und ihre Helfershelfer in der provisorischen Regierung waren entschlossen, für jeden Preis das von Kornilow und Kaledin auf der Moskauer Beratung entwickelte Programm der Zähmung der Armee und des Proletariats durchzuführen. Um vor den Augen des Kleinbürgertums die Gewaltmaßregeln erklärlich und begründet erscheinen zu lassen, brauchte man einen bolschewistischen Putsch. Da aber die bolschewistische Partei überhaupt keine Putschaktivität treibt, mußte das Proletariat zu einer spontanen Auflehnung getrieben werden. Dann waren die Hauptbegegnungen die Reiter des Vaterlandes. Aus Petrograd wurden die revolutionären Regimenter entfernt und Kavallerie wurde unauffällig um Petrograd gesammelt. Was aber die „bestimmten Beschlüsse der Regierung betreffs der Sowjets und der Bolschewick“ bedeuten sollten, von denen Kornilow spricht und deren Existenz Sawinkow im Telephonogramm nicht leugnet, das zeigt die in Kiew aufgefangene telegraphische Ordre Kornilows an den Kiewer Kommandanten. Sie enthält den Befehl der Verhaftung der Sowjets, der revolutionären Studenten, der Redakteure der sozialistischen Presse.

Der Staatsstreich Kornilows gegen die Arbeiterklasse war gut eingefädelt. Es entsteht jetzt die Frage, wiewegen er sich in einen Staatsstreich gegen Kerenski verwandelt hat. Darauf finden wir eine Antwort in den Darstellungen der „Kjetsch“. Als das Dumamitglied Zwow im Namen Kerenskis mit Kornilow verhandelte, erklärte sich Kornilow für eine kollektive Diktatur in der Form eines Direktoriums. Die Mitglieder dieses Direktoriums nennt Kornilow in dem Telephonogramm: es sollten Kerenski, Kornilow, Sawinkow und Filonenko sein. Kornilow stellt fest, daß Filonenko auch Sawinkow von diesem Plan unterrichtet hatte. Aus dem Bericht der „Kjetsch“ ergibt sich, daß Kerenski von Zwow falsch unterrichtet wurde: Zwow habe berichtet, Kornilow fordere Diktatur für sich. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich bei der Wiedergabe der Worte Kornilows durch Zwow um einen Versuch der Rabetten handelte, Kerenski unter der Drohung des Kornilowschen Staatsstreichs den Verzicht auf die Ministerpräsidentenschaft zu entlocken. Die Rabetten begnügten sich nicht mit einer viertägigen Diktatur, sie wollten eine reine Militärdiktatur. Aber da zeigte sich, daß Kerenski zwar bereit war, die Demokratie zu enthaupen, aber keine Lust hatte, an sich selbst ein Parakiti auszuführen. Ueber die Konkurrenz der Diktatoren unter einander stolperte die Diktatur. Kerenski nahm den Kampf gegen Kornilow auf, indem er seit langem seinen Konkurrenten witterte, und war genötigt, die Kräfte der Arbeitermassen zu entspannen, die ihm jetzt über den Kopf gewachsen sind. Denn die Aenderung der politischen Situation besteht jetzt eben darin, daß zum Kampfe gegen die Konterrevolution überall die Sowjets, die Soldatenorganisationen, auf den Plan getreten sind, daß die Arbeitermasse und die Soldaten zum Kampfe

aufgerufen wurden. Der Befehl Kerenskis, die Organisationen zum Kampfe gegen die Konterrevolution aufzulösen, wird nicht durchgeführt. Selbst die Hüter der Ordnung und der Disziplin, die sozialpatriotischen Führer, weigern sich, den Befehl Kerenskis auszuführen. Und mag die Moskauer Beratung jetzt auch anders wie sie will, die Teilnahme Kerenskis, Sawinkows und Filonentow an der konterrevolutionären Verschwörung gegen die Masse der Arbeiter und Soldaten, gegen das Volk und die Revolution läßt sich aus dem Bewußtsein dieser Massen nicht mehr auslöschen.

Die Sowjets forderten die Teilnahme an der Untersuchung des Staatsstreichs Kornilows. Diese Untersuchung wird aber führen zu den Fäden des Staatsstreichs Kerenski, Kornilow, Sawinkow. Der Staatsstreich Kornilows wurde in dem ersten Augenblick von der gesamten revolutionären Presse, die sozialpatriotische mit eingeschlossen, als ein Staatsstreich der Rabetten aufgefaßt. Jetzt zeigt es sich, daß die konterrevolutionäre Verschwörung bis in die Spitzen der kleinbürgerlichen Demokratie reicht. Wenn als Resultat der Ueberzeugung von der Teilnehmerschaft der Rabetten an dem Kornilowschen Staatsstreich die Forderung erwuchs: fort mit den Rabetten aus der Regierung, so wird sich aus den neuesten Enthüllungen ergeben, daß keine revolutionäre Regierung zusammen mit den Vertretern des rechten Flügels der kleinbürgerlichen Demokratie möglich ist. Die Krise, die durch die demokratische Beratung in Petrograd im Moment, wo wir den Artikel schreiben, gelöst werden soll, reicht viel tiefer, als man angeblich annehmen konnte. Und deshalb ist es unwahrscheinlich, daß sie auf einem Anbiete gelöst werden könnte. Sie wird nach aller Voraussicht den Charakter einer schleppenden Krankheit annehmen. Das Lager des Sozialpatriotismus ist völlig zerbrochen. Die Menschewicks allein sind in nicht weniger als 8 Gruppen zerfallen. Die Sozialisten-Revolutionäre ebenso. Das kann Kerenski ermöglichen, sich noch eine gewisse Zeit zu halten. Seine Presse erklärt offen, daß die Menschewicks und die Sozialisten-Revolutionäre zu keiner einheitlichen Entscheidung gelangen werden, und daß ihnen nichts anderes übrig bleibt, als Kerenski bei der Gewalt zu lassen. Aber die Verschleppung der Krise wird nur dazu führen, daß ihre Lösung desto radikaler ausfallen wird. Während das sozialpatriotische Lager bei lebendigem Leibe zerfällt, sammeln sich um die Bolschewicks alle revolutionären Kräfte. Es handelt sich dabei keinesfalls um eine vorübergehende Stimmung unter dem Eindruck des Kornilowschen Staatsstreichs. Die vollkommene Unfähigkeit der Koalitionsregierung irgend was zur Aufhaltung der wirtschaftlichen Zerfegung zu tun, das wachsende Mißtrauen der Volksmassen, das ist der Boden, auf welchem der Bolschewismus immer stärker wird. Nichtet sich auf der demokratischen Beratung die kleinbürgerliche Demokratie nicht auf, nimmt sie keine scharfe Wendung nach links, dann wird jede friedliche Lösung der Staatskrise unmöglich. Die Partei des revolutionären Proletariats wird dann auch der kleinbürgerlichen revolutionären Elemente, oder sie werden genötigt sein, neue revolutionäre Parteien zu bilden, die ihre Interessen vertreten und nicht verraten werden, wie es die Führer des Sozialpatriotismus tun.

Die Entpuppung des populärsten Führers der kleinbürgerlichen Demokratie Kerenskis, als eines Verschwörers gegen die Volksmassen, wird diesen Prozeß ungeheuer beschleunigen.

## Aus den Gewerkschaften.

Die Bäcker streben seit Jahr und Tag das Verbot der Nachtarbeit an, sie wollen Tagesarbeit leisten. Dadurch erst wird es auch den Bäckerarbeitern ermöglicht werden, geordnete Verhältnisse im Berufe und auch für sich selbst bessere Zustände herbeizuführen. Der Widerstand, der den Forderungen der Bäcker entgegenstand, ist durch den Krieg gebrochen worden. Und es geht auch so. Wichtig ist aber, für eine gefühlige Festlegung des Nachtbrotverbotes zu sorgen. Diese Festlegung muß aber bald erfolgen, es liegt kein Anlaß zu einer Verschiebung vor. Auch die große Mehrheit der Meister ist für diese Maßnahme. Um der Forderung des Nachtbrotverbotes mehr Nachdruck zu geben, hat kürzlich der Verband der Bäcker und Konditoren eine große öffentliche Versammlung einberufen, um zu der Frage erneut Stellung zu nehmen. In der Versammlung erklärte ein Vertreter vom Reichsamt des Innern, daß in der Absicht der Regierung, einen Gesetzesentwurf über das Nachtbrotverbot dem Reichstage vorzulegen, eine Aenderung nicht eingetreten sei, nur könne im Hinblick auf die Veränderungen im Reichsamt über den Termin noch nichts Näheres mitgeteilt werden.

In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erklärten die Versammelten, sie erwarten von der Reichsregierung, daß sie das wiederholt in Aussicht gestellte Nachtbrotverbot baldigst erläßt, oder daß ein endgültiger Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften zur schleunigen Verabschiedung zugeht. Es ist dringend erforderlich, daß sowohl die Groß- als auch die Mittel- und Kleindetriebe sich schon jetzt auf die Friedenswirtschaft einrichten und ihre ganze Betriebsführung auf die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit einstellen können. Die Bäckerarbeiter, zu denen jetzt wieder Tausende älterer Berufsarbeiter gekommen sind, die früher von der Bäckerei abgestoßen wurden, da sie sich infolge der dauernden Nachtarbeit keine Familie gründen konnten, haben das Recht, nun bald zu erfahren, ob sie nach dem Kriege wieder zu einem Berufswechsel gezwungen werden sollen. Die Bäckerarbeiter sind nicht gewillt, sich allen, von jedem einsichtigen Sozialpolitiker und von jedem Arzt ohne weiteres zugegebenen schweren Schädigungen der Gesundheit durch die Nachtarbeit wieder aussetzen. Sie haben den Unterschied zwischen Tag- und Nachtarbeit kennen gelernt und wollen deshalb die für das Gewerbe durchaus nicht notwendige Nachtarbeit unter keinen Umständen wieder auf sich nehmen.

**Internationaler Arbeiterschutz.** Die englischen, französischen, belgischen und italienischen Gewerkschaften hatten im September 1916 an die deutsche Generalkommission der Gewerkschaften das schriftliche Ersuchen gerichtet, gemeinsam mit ihnen Arbeiterschutzforderungen für die künftigen Friedensverträge aufzustellen. Die deutsche

Generalkommission hat damals die von den ausländischen Gewerkschaftsführern ausgestreckte Hand verächtlich beiseite geschoben und deren Schreiben in den Papierkorb geworfen. Den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern ist es bis zum Mai 1917 verheimlicht worden.

Diese Tatsachen sind in der im Verlage der Leipziger Buchdruckerei-Kriegesgesellschaft erschienenen Broschüre über „Die Neuorientierung der Gewerkschaften“ festgestellt worden. Sie sind jetzt Legien und seinen Freunden sehr unangenehm. Die berüchtigte „Internationale Korrespondenz“ läßt daher alle ihre Verdrehungskünste spielen, um den wirklichen Sachverhalt zu verwischen. Sie tut jetzt so, als ob das Schreiben der ausländischen Gewerkschaftsführer im Oktober 1916 im „Grundstein“, dem Organ des Bauarbeiterverbandes, mitgeteilt worden sei. Das ist durchaus unwahr. Der „Grundstein“ hat damals lediglich gesagt, daß die französischen Gewerkschaftsblätter für die Friedensverträge bestimmte Arbeiterschutzforderungen aufgestellt hätten und daß die englischen Gewerkschaften an die englische Regierung eine ähnliche Forderung gestellt haben. Der „Grundstein“ schloß seine damaligen Ausführungen:

„Nach diesem furchtbaren Kriege werden die besitzenden Klassen aller Länder so viel andere Aufgaben lösen wollen, daß für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung keine Zeit und kein Geld übrig sein wird. Schon jetzt deshalb die besonderen Arbeiterschutzforderungen hervorzuheben, die Wünsche, auf deren Erfüllung die Arbeiterschaft aller Länder gerechterweise Anspruch erheben kann, mit allem Nachdruck zu betonen, ist eine Aufgabe, der sich auch die deutschen Gewerkschaften nicht entziehen sollten.“

Es lag für die deutschen Gewerkschaftsführer außerordentlich nahe, den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern in diesem Zusammenhange mitzuteilen, daß die ausländischen Gewerkschaftsführer die Bruderhand zu einer gemeinsamen Verständigung für diese Dinge ausgestreckt haben. Kein deutsches Gewerkschaftsblatt hat diese Tatsache seinen Lesern berichtet. Erst im Mai 1917 hat die deutsche Generalkommission in ihrem „Korrespondenzblatt“ öffentlich eingestanden, daß sie damals das Schreiben der ausländischen Gewerkschaftsführer stillschweigend in den Papierkorb geworfen hat. Weil die deutschen Gewerkschaftsführer jenes Verständigungsangebot so schnell zurückgewiesen haben, wollen die ausländischen Gewerkschaftsführer (Schweizer, Franzosen, Belgier usw.) Herrn Legien nicht mehr mit dem Ehrenamt eines internationalen Sekretärs betrauen. Die Belgier, Engländer, Franzosen usw. sind daher und aus anderen Gründen auch nicht auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz erschienen, die auf Betreiben Legiens Anfang Oktober 1917 in Bern stattgefunden hat.

Eine Versammlung der Staatsarbeiter für die Arbeiter und Arbeiterinnen der königlich technischen Institute in Spandau fand am Sonntag, den 7. Oktober, im Zirkus Schumann statt. Die Verhandlungen in den Werkstätten wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen, insbesondere die Wahlen zu den Arbeitersausschüssen, die Behandlung und Bezahlung. Es wurde beschlossen, den Direktionen neue Forderungen einzureichen. Die Stücklöhne sollen so festgesetzt werden, daß bei normaler Anstrengung die gelernten Arbeiter 2,50 Mk., die Maschinenarbeiter 2,10 Mk. und die ungelerten Arbeiter 1,75 Mk. für die Stunde erreichen können. Im Zeilohn fordern die Handwerker 2,10 Mk., die Maschinenarbeiter 1,70 Mk. und die ungelerten Arbeiter 1,50 Mk. für die Stunde. Für die Arbeiterinnen wurde ein Einheitslohn von 1 Mk. für die Stunde gefordert, und wenn die Arbeiterinnen im Akkord beschäftigt sind, sollen die Stücklöhne so bemessen werden, daß bei normaler Arbeitsleistung 1,20 Mark für die Stunde verdient wird. Außerdem wurde noch eine Erhöhung der Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit verlangt.

In der Ansprache wurde der mangelhafte Schutz für die Arbeiterinnen gerügt und die Wiederherstellung der im Kriege außer Kraft gesetzten Arbeitersinnenschutzgesetze verlangt. Klagen wurden auch geführt über die Lebensmittelverteilung.

## Im Wein liegt — Profit!

Ueber 50 Prozent Reingewinn vom Aktienkapital hat im letzten Jahre der Trier-Wingerverein A.-G. herausgebracht. Sein Aktienkapital beträgt 180 000 Mk., der ausgewiesene Reingewinn stellt sich auf 104 035 Mk. — In Jugenheim in Rheinhessen löste ein Weinbergspächter aus seiner Ernte 12 000 Mk., er zahlt jährlich 400 Mk. Pacht. Ein anderer Pächter in Neustadt a. S. erzielte aus seinen Bergen 10 000 Mk.; die zu zahlende Pacht beträgt 300 Mk. Für 100 000 Mk. erwarb vor einigen Jahren ein Herr Matern das Weingut Andree in Gorb; die ganze Kaufsumme hat der Mann in diesem Jahre herausgeholt. Man sieht: im Wein liegt Profit!

## Aus der Zeit.

Wie die Vaterlands-Partei Arbeitermitglieder „gewinnt“. In dem kleinen westpreussischen Städtchen Marienwerder ging dieser Tage ein Reserveoffizier in den Fabriken, in Begleitung der Geschäftsleitung von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz und suchte die Arbeiter als Mitglieder für die Vaterlands-Partei zu gewinnen. Da diese Arbeiter meist Reklamiererte sind, so erhoffte man von diesem sanften Druck sicheren Erfolg.

Jedoch den Arbeitern, selbst den Reklamierten, war die Sache doch zu dumm. Der Herr Reserveoffizier holte sich eine kräftige Abfuhr, nur ein paar alte Mummelgreife gingen bei diesem Fischzug ins Netz!

## Redaktionsklub: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schiffahrtsstraße 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.